

Niederschrift**öffentlicher Teil****Gemeinderat**

Sitzung am: 24.10.2016 von: 19.00 bis: 22.55 Uhr
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Ragg Normalzahl der Gremiumsmitglieder: 16
anwesend: 16
nicht anwesend: Gemeinderätin Manuela Fauler verlässt während der Haushaltsberatungen (TOP 8) um 21.45 den Sitzungssaal
außerdem anwesend: Hauptamtsleiter Jürgen Lauer, Ortsbaumeister Leopold Jerger, Rechnungsamtsleiter Alfred Haberstroh, Ortsvorsteher Alfred Irion, Schriftführer Albert Bantle, zu TOP 7 die Architekten Thomas Scherlitz und Thomas Seemann, Rektor Peter Singer und Konrektor Rainer Morschl, zu TOP 6 Dipl.-Ing. Rainer Autenrieth, zu TOP 4 der Steuerberater Herr Thönnies.
Als Zuhörer waren anwesend Klaus Wieneke, Claus Riedlinger, Julia von der Hardt, Christoph Droxner, Julian Scherlitz, Klaus und Manfred Reich sowie Herr Wickert von der Fa. Touratech

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1**Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Beschlüsse der Sitzung vom 04.10.2016

TOP 2**Bericht über die letzten Ortschaftsrats Sitzungen**

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die zurückliegenden Sitzungen des Ortschaftsrates am 11.10.2016 in Schabenhäusern, am 17.10.2016 in Fischbach und am 20.10.2016 in Kap-pel.

TOP 3**Frageviertelstunde**

Keine Wortmeldungen.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 4:**Baugesuche**

Neubau eines Bürogebäudes, Johann-Liesenberger-Str. 11/1, Flst. Nr. 1500/1, Gemarkung Niedereschach

Die Herren Alexander und Michael Werner, Beroldingerstr. 18, Niedereschach, beantragen den Neubau eines Bürogebäudes auf dem Flst. Nr. 1500/1, Johann-Liesenberger-Str. 11/1, Gemarkung Niedereschach.

Das Bauvorhaben liegt im Bebauungsplan „Auf dem Ösch III“ und wird dem Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt.

Beschluss

Der Gemeinderat nimmt das Baugesuch der Herren Alexander und Michael Werner, Beroldinger Str. 18, Niedereschach, auf Neubau eines Bürogebäudes auf Flst.Nr. 1500/1 Johann-Liesenberger-Str. 11/1 Gemarkung Niedereschach zustimmend zur Kenntnis.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 5

Änderung bei der Umsatzsteuerpflicht für juristische Personen des öffentlichen Rechts ab 1.1.2017 – Anwendung Optionserklärung

Sachverhalt:

Bisher bestand für die Kommunen als juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) eine Verknüpfung mit der umsatzsteuerlichen Unternehmereigenschaft nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (BgA) oder eines land- o. forstwirtschaftlichen Betriebes.

Mit der Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) durch das Steueränderungsgesetz 2015 ändert sich dies zum 01. Januar 2017 grundlegend. Damit hat der Gesetzgeber die bereits bestehende Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes und des Europäischen Gerichtshofes umgesetzt.

Ab diesem Zeitpunkt werden die Kommunen mit allen Tätigkeiten, in deren Zusammenhang sie Einnahmen auf privatrechtlicher Grundlage erzielen, Unternehmer. Die Steuerpflicht der Kommunen wird damit erheblich ausgeweitet.

Der Gesetzgeber hat der öffentlichen Hand eine Übergangsfrist vom 01. Januar 2017 bis 01. Januar 2021 eingeräumt. Die Gemeinde hat bzgl. Anwendung des § 2b UStG eine sog. „Optionsmöglichkeit“. Diese „Optionserklärung“ muss sie gegenüber dem Finanzamt bis spätestens 31.12.2016 schriftlich abgeben. Hierbei wird erklärt, dass die Gemeinde die bisherige Rechtslage, für sämtliche von ihr ausgeübten Tätigkeiten, weiter anwenden will (eine Beschränkung auf einzelne Tätigkeitsbereiche oder Leistungen ist nicht zulässig). Spätestens 2021 hat die Gemeinde § 2b UStG anzuwenden.

Diese Erklärung ist von jeder jPdöR separat abzugeben, d. h. für die vorhandene Jagdgenossenschaft, die von der Gemeinde verwaltet wird, ist ebenfalls eine Erklärung abzugeben!

Die Gemeinde hat diesbezüglich ihren Haushalt und die Investitionsplanung bis 31.12.2020 „durchforstet“ und hat die Anwendung des „neuen Steuerrechts“ auch mit der WIBERA besprochen.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Erklärung gegenüber dem Finanzamt abzugeben.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, die „Optionserklärung“ zur Anwendung der bisherigen Rechtslage zum 01.01.2017 gegenüber dem Finanzamt abzugeben.

Für die Jagdgenossenschaft Niedereschach wird eine gleichlautende Erklärung abgegeben.

Sitzung am: 24.10.2016

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Herr Thönnies von der WIBERA, der noch einmal in groben Zügen, wie zuvor bereits im nichtöffentlichen Teil, erläutert, worum es bei der Umsatzsteuerpflicht für juristische Personen des öffentlichen Rechts ab 01.01.2017 und der damit verbundenen Anwendung einer Optionserklärung geht. (siehe nichtöffentlicher Protokoll) Für Herrn Thönnies ist klar, dass mangels Vorteilen, die Nachteile überwiegen. Deshalb rät er den Ratsmitgliedern dazu, solange es geht nach altem Recht zu verfahren und hierfür schriftlich einen Antrag bei der Finanzverwaltung zu stellen.

Beschluss

Bei einer Enthaltung durch Armin Müller beschließt der Gemeinderat die Optionserklärung zur Anwendung der bisherigen Rechtslage zum 01.01.2017 gegenüber dem Finanzamt abzugeben.

Für die Jagdgenossenschaft Niedereschach wird eine gleichlautende Erklärung abgegeben.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 6:

Bebauungsplanverfahren „Riedwiesen-Mitte“ in Fischbach – Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur Offenlage

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 9. Mai 2016 die Aufstellung des o. g. Bebauungsplans und die frühzeitige Beteiligung hierzu beschlossen. Die frühzeitige Beteiligung wurde vom Planer, Herr Autenrieth, durchgeführt.

Folgenden Unterlagen liegen vor und sind als Anlage beigefügt:

- 1) Bebauungsplans – zeichnerischer Teil
- 2) Bebauungsvorschriften – schriftlicher Teil
- 3) Begründung
- 4) Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
- 5) Umweltbericht
- 6) Bestandsplan Biotope und Nutzungen
- 7) Massnahmenplan zur Durchgrünung
- 8) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen

Die eingegangenen Stellungnahmen sind zu prüfen und die öffentlichen und privaten Belange sind gerecht gegeneinander und untereinander abzuwägen (§ 1 Abs. 7 BauGB)

Die Beteiligung wird als öffentliche Auslegung und als Anhörung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange des Vorentwurfs des Bebauungsplans „Riedwiesen-Mitte“ eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und untereinander gerecht abgewogen. Die Abwägungsvorschläge der Anlage zu dieser Vorlage werden bestätigt.
- 2) Der Entwurf des Bebauungsplans „Riedwiesen-Mitte“ wird in der vorgestellten Fassung vom 24.10.2016 gebilligt.
- 3) Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden sowie sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende den Planer, Dipl.-Ing. Rainer Autenrieth. Es wird auf die umfangreiche Sitzungsvorlage und insbesondere auf die Beschluss- und Behandlungsvorschläge zu den eingegangenen Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung verwiesen. Gemeinderat Armin Müller bittet Herrn Autenrieth um nähere Angaben bezüglich der Lage und der Höhe der geplanten Erschließungsstraße in das Gebiet „Riedwiesen-Mitte“. Die Lage, so Herr Autenrieth, sei klar, was die Höhe anbetrifft, werde man möglichst so verfahren, dass sämtliches anfallendes Erdreich auf dem Gelände verblei-

Sitzung am: 24.10.2016

ben kann. Bezüglich der Höhenlage würde Armin Müller mit Herrn Autenrieth gerne noch gewisse Dinge abstimmen. Man einigt sich darauf, dass sich Müller und Autenrieth diesbezüglich noch vor Weihnachten einmal treffen, um alles zu klären. Auf Nachfrage von Peter Engesser erklärt Herr Autenrieth, dass die Erschließungsstraße, wie im der Sitzungsvorlage beigefügten Lageplan dargestellt, in Verlängerung der bisherigen Erschließungsstraße, beim Anwesen der Firma Valentin Roth, geplant sei. Armin Müller bittet um Auskunft darüber, ob im Zuge der Neuerschließung auch geplant sei, im ersten Abschnitt den dort noch fehlenden, aber schon lange eingeplanten Gehweg herzustellen. Hierzu erklärt Herr Autenrieth, dass dies mit dem Bebauungsplanverfahren und der Erschließung des Gebietes „Riedwiesen-Mitte“ nichts zu tun habe. Ob dieser Gehweg mit angelegt wird, wenn die Erschließungsstraße gebaut wird, sei ausschließlich eine Sache und Entscheidung der Gemeinde.

Beschluss

1. Einstimmig beschließt der Gemeinderat die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Abwägungsvorschläge bezüglich der während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, mit Blick auf den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Riedwiesen-Mitte“ eingegangenen Stellungnahmen, nach erfolgter Prüfung, zu bestätigen.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Riedwiesen-Mitte“ wird in der vorgestellten Fassung vom 24.10.2016 gebilligt.

3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit der Behörden sowie sonstige Träger öffentlicher Belange, gemäß § 3 Abs. 2, 4 Abs.2 Baugesetzbuch, wird beschlossen.

Abschließend klärt Herr Autenrieth, dass nach der Beteiligung der Öffentlichkeit der Behörden sowie sonstiger Träger öffentlicher Belange, am 13.12.2016 der letzte Verfahrensschritt erfolgen wird. Im Januar oder Februar 2017 soll möglichst bald ausgeschrieben werden, damit man mit der Erschließungsmaßnahme möglichst noch im April 2017 beginnen kann. Die möglichst frühzeitige Ausschreibung soll vor allem auch deshalb erfolgen, weil zu diesem Zeitpunkt die Auftragsbücher der Tiefbauunternehmen noch nicht so gefüllt sind, so dass man unter Umständen günstigere Preise erzielen kann.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 7:

Sanierung der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar am Standort Niedereschach

Sachverhalt:

Nach intensiver Prüfung der in Frage kommenden Optionen, ist die Gemeindeverwaltung gemeinsam mit der Schulleitung und den projektverantwortlichen Architekten (Herren Scherlitz und Seemann) der grundlegenden und felsenfesten Überzeugung, dass eine Sanierung des bestehenden Schulstandorts die wirtschaftlich, abwicklungstechnisch und ablauforganisatorisch optimale Lösung ist.

Nach unserer vollen Überzeugung, ist der Sanierung gegenüber allen anderen in Frage kommenden Optionen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unseres Schulstandorts der Vorzug zu geben.

Die haushaltskorrespondierende Finanzierung, die förderoptimale Abwicklung, die Sanierung und die Herstellung des Anbaus während des regulären Unterrichts ohne Auslagerung in Containerlösungen, die bautechnische Ertüchtigung der soliden Grundsubstanz, die damit einhergehende bauphysikalische Ertüchtigung des Gesamtbauwerks, die Option der modularen (schrittweisen) Vorgehensweise, die optimale infrastrukturelle Einbettung des bestehenden Standorts, die Nähe zum Kindergarten und zu den öffentlichen Sportanlagen, die bessere Wirtschaftlichkeit (Vergleich Neubau-Sanierung Altbau) bei gleicher Nutzfläche, die Aufrechterhaltung und weitere Nutzung des bestehenden Schwimmbads und der Turnhalle sind nur einige der zahlreichen Argumente, die nach unserem Dafürhalten für die modulare Sanierungslösung sprechen.

In vollständiger Übereinstimmung mit den beiden Architekten und der Schulleitung schlagen wir dem Gemeinderat daher vor, die Sanierung der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar in einzelnen Abschnitten zu beschließen.

Haushaltswirksam finanziert und bautechnisch begonnen werden soll in 2017 mit dem Bauabschnitt 5 und Teilen des Bauabschnittes 1

Dieser Bauabschnitt umfasst die Bereiche (BA5) Sekretariat, Rektorat, Kopierraum, Lehrerzimmer, Lehrerbesprechung, Lehrer-WC, Lehrerzimmeranbau zuzüglich die der Räume 36-40 einschließlich Flur im Untergeschoss (Teile aus BA1).

Diese Räume befinden sich unmittelbar unterhalb der Räume die im Zusammenhang mit dem BA 5 genannt sind. (ehemalige Hausmeisterwohnung)

Kosten: 1,433 Mio €

Im Jahr 2018 soll dann der Anbau haushaltswirksam finanziert und bautechnisch begonnen werden. Zum besseren Verständnis: Gemeint ist der auf-gestelzte Verbindungs-Anbau mit 434 m² Nutzfläche.

(3 zusätzliche Klassenräume)

Kosten: 1,415 Mio €

Im Jahr 2019 ist dann geplant den mit Bauabschnitt 1 bezeichneten Bereich (Untergeschoss) im Haushalt zu finanzieren und bautechnisch zu beginnen. Dieser Bereich reduziert

Sitzung am: 24.10.2016

sich dann natürlich um die bereits in 2017 finanzierten und umgesetzten Räume aus Bauabschnitt 1 (Räume 36,37,38,39 und 40)

Kosten 1,290 Mio €

Im Rahmen des Sachvortrags werden selbstverständlich zur besseren Veranschaulichung und zum klaren und eindeutigen Verständnis Grundriss-Pläne aufgelegt, anhand derer dann nochmals im Detail die einzelnen Bereiche visuell und somit nachvollziehbar dargestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt der Sanierung der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar am bisherigen Schulstandort, auf Grundlage der o. a. Erläuterungen und Feststellungen, zuzustimmen.

Der erforderliche Etat zur Umsetzung des ersten Abschnitts in Höhe von 1,433 Mio € (BA 5 zuzüglich Teile aus BA 1) wird im Haushalt 2017 finanziert und bereitgestellt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Rektor Peter Singer, Konrektor Rainer Morschl, sowie die Architekten Thomas Scherlitz und Thomas Seemann. Auch begrüßt der Vorsitzende ganz besonders die in den Reihen der Zuhörer weilende Vorsitzende des Schulfördervereins, Frau Julia von der Hardt. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man sich bezüglich der Schulsanierung in Niedereschach schon sehr lange Zeit damit beschäftigt. Jedem sei klar, dass dies erhebliche Kosten mit sich bringen werde. Man habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt, zuletzt in der Klausurtagung des Gemeinderates am 18.10.2016. Nach seinen kurzen einleitenden Worten erteilt der Vorsitzende Ortsbaumeister Leopold Jerger das Wort. Herr Jerger weist darauf hin, dass er und die Verwaltung, zusammen mit den beiden Architekten und der Schulleitung, nun gemeinsam die aus seiner Sicht beste Vorgehensweise, wie die Schule Zug um Zug saniert werden kann, gefunden haben und ein aus seiner Sicht beschlussreifes weiteres Prozedere erarbeitet habe. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage verwiesen. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 2017, 2018 und 2019 können, so Herr Jerger, basierend auf den bisherigen Renovierungs- und Umbauarbeiten an der Schule, bei allen bestehenden Problemen, unter Erhaltung eines qualifizierten Unterrichts und ohne Auslagerung von Schulklassen durchgeführt werden. Herr Jerger verweist darauf, dass man das Thema Neubau einer Schule in der zurückliegenden Klausurtagung sehr kontrovers, aber auch zielführend, besprochen habe. Dabei habe man festgestellt, dass ein Neubau wohl nicht der richtige Ansatz ist. Daraufhin erläutert Herr Jerger, entsprechend bebildert, die bisherigen Planunterlagen der beiden Architekten sowie was, wann, wo und wie und in welchen Abschnitten geplant ist. Nach seinen Ausführungen appelliert Herr Jerger an die anwesenden Ratsmitglieder, durch ihren noch zu fassenden Beschluss, einen schnellen Baustart zu ermöglichen, damit ausreichend Projektierungszeit bleibe, um alles sorgfältig und punktgenau durchplanen zu können. Danach geht Herr Jerger auf den geplanten zweiten Bauabschnitt, wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt, ein. Bei diesem zweiten Bauabschnitt geht es um einen „aufgestellten“ Verbindungsanbau, mit einer Nutzfläche von 434 qm und dabei entstehenden drei zusätzlichen Klassenräumen. Dieser Anbau könnte auch entsprechend bezuschusst werden. Wenn man, so wie von Herrn Jerger vorgeschlagen, verfahren würde, käme es zu keinerlei Auslagerungen. Diese wären ohnehin nur durch Containerquartiere möglich und diese seien, so Herr Jerger, extrem teuer. Natürlich werde man bei den verschiedenen Bauphasen sicherlich viel

Sitzung am: 24.10.2016

Lärm- und Schmutzbelästigung zu ertragen haben, doch man könne dafür sorgen, dass dies alles noch vertretbar wäre. An diesem Punkt ergreift Gemeinderat Holger Tranzer als Sprecher der CDU Fraktion das Wort und verliest eine Erklärung und einen Antrag der CDU Fraktion zum Projekt „Sanierung der Gemeinschaftsschule in Niedereschach“ (siehe Anlage). Der Antrag sieht vor, die für den ersten Bauabschnitt errechneten Kosten in Höhe von 1,433 Mio. €, zwar in den Haushaltsplan einzuplanen, der CDU Fraktion jedoch noch einmal einige Wochen Zeit zu geben, um sich bezüglich des Ablaufs der Sanierungsmaßnahme zu erkundigen und evtl. andere Lösungsansätze zu finden. Vor diesem Hintergrund, so der Antrag der CDU, könne der Haushaltsplan trotzdem fertiggestellt und noch dieses Jahr verabschiedet werden. Die eingestellten 1,433 Mio. € wären dann lediglich nicht zweckgebunden für den nun vorgeschlagenen Bauabschnitt 1, der nach den Vorstellungen der Verwaltung im Grunde genommen aus Bauabschnitt 5 zuzüglich Teilen aus Bauabschnitt 1, bestehen würde. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung, so der Wunsch der CDU Fraktion, könnte man zurückstellen.

Gemeinderat Michael Asal erklärt, dass er sich freue, dass sich die CDU Fraktion diesbezüglich so einig sei. Er selbst sei jedoch anderer Meinung. Manche Argumente aus den Vorschlägen und Argumenten der CDU, könne er nachvollziehen, manche nicht. Es stehe nirgends geschrieben, dass man ein 50 Jahre altes Gebäude zwingend abreißen müsse. Klar sei, dass der geplante Umbau und die geplanten Sanierungsmaßnahmen Lärm und Staub verursachen werden, dies sei bei Baustellen jedoch völlig normal. Der angesprochene Neubau, darüber sei man sich in der Klausur im Grunde genommen einig gewesen, komme deshalb nicht in Frage, weil dann eine für die Gemeinde nicht finanzierbare Summe auf einen Schlag finanziert werden müsste. Dies würde die Gemeinde finanzpolitisch gesehen handlungsunfähig machen und die Gefahr unter Zwangsverwaltung gestellt zu werden, wäre groß. Man verbaue sich dann jeglichen eigenen Handlungsspielraum. Wenn man wie nun von der Verwaltung vorgeschlagen, die Sanierung Stück für Stück vornehme, bleibe man finanziell handlungsfähig. Gemeinderat Rüdiger Krachenfels schloss sich den Ausführungen von Herrn Asal an. Im Gemeinderat habe man sich nun solange mit der Sanierung der Schule befasst, dass es nun endlich Zeit wäre, Nägel mit Köpfen zu machen. Die von der CDU befürchteten „Überraschungen“ bezüglich Schadstoffen, hält Herr Krachenfels für überzogen. Bei den bisher durchgeführten Sanierungsmaßnahmen habe sich gezeigt, dass diesbezüglich nichts zu befürchten sei. Außer Beton, sei dort beim Schulbau in den 60er Jahren kaum ein anderer Baustoff zur Verwendung gekommen. Auch sei es so, dass man bei einem Schulneubau mit Sicherheit kein Schwimmbad mehr einbauen würde. Er selbst sieht keine vertretbare Alternative zur nun von der Verwaltung vorgeschlagenen abschnittswisen Sanierung. Holger Tranzer erklärt in diesem Zusammenhang, dass seine Ausführungen im Namen der CDU Fraktion kein Plädoyer für einen Neubau war. Er und seine Parteikollegen wollen lediglich mehr Zeit haben, um sich über den geplanten Sanierungsablauf noch einmal intensiv Gedanken zu machen. Wenn der Betrag haushaltstechnisch eingestellt werde, müsste es doch möglich sein, einen Aufschub von drei bis vier Wochen bis zum endgültigen Beschluss zu erreichen. Walter Pankoke plädierte für einen schnellen Startschuss für die Sanierung. Rektor Peter Singer wies darauf hin, dass sich die Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar, am Standort Niedereschach, aktuell in einer Aufbauphase befinde. In diesem Schuljahr seien erstmals die Klassen 8 zum Unterricht an der Niedereschacher Schule, im kommenden Jahr werden die Klassen 9 und im übernächsten Jahr die Klassen 10 folgen. Deshalb brauche man mehr Platz und deshalb sollte man der Sanierung und dem Anbau schnell beginnen, da man jetzt noch gewisse Ausweichmöglichkeiten habe. Wenn erst einmal alle Klassen der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar am Standort Niedereschach unterrichtet werden, werde dies immer schwieriger. Herr Singer ging auf seine Erfahrungen beim Bau der Ganztageschule sowie der Mensa, mitten im Herzen der Schule, ein. Da habe

Sitzung am: 24.10.2016

man die Baumaßnahmen, mehr oder weniger ohne größere Probleme und ohne größere Klagen der Eltern hinter sich bringen können. Wenn es so wie damals absprachemäßig mit den Architekten und Handwerkern funktioniere, geht Herr Singer davon aus, dass es zu keiner unerträglichen Belastung für Lehrer, Schüler und Verwaltung kommen wird. Natürlich werde es Schwierigkeiten geben, doch damit müsse man leben. Überzeugt ist Herr Singer davon, dass wegen der Baumaßnahmen keine Eltern ihre Kinder abmelden werden. Ganz im Gegenteil: von einer solchen Renovierungsmaßnahme gehe auch ein Signal an die Eltern aus, wonach die Gemeinde hinter dem Schulstandort stehe und hier auch bereit ist, entsprechend zu investieren. Mit der Einrichtung der Gemeinschaftsschule habe man in Niedereschach eine wirklich besondere Schule geschaffen, an der sogar der qualifizierte Real schulabschluss möglich sei. Seitens der Lehrerschaft habe man im Gemeinderat nie erklärt, dass platzmäßig alles ausreiche. Dies sei im Vorfeld der Einrichtung der Gemeinschaftsschule schon deshalb nicht möglich gewesen, weil damals noch gar nicht genau definiert war, wie eine Gemeinschaftsschule genau ausgestattet sein muss. Schulexperten haben bei Vor-Ort-Terminen nun jedoch die klare Aussage getätigt, dass zu einer ordentlichen Abwicklung des Gemeinschaftsschulbetriebes drei weitere Klassenzimmer notwendig wären. Zudem müsse man schlicht und ergreifend sehen, dass die Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar, mit seinen zwei Standorten in Deißlingen und Niedereschach, eine ganz besondere Konstellation habe. Seit 20 Jahren sei er an der Niedereschacher Schule tätig. Man habe dort niemals überzogene Baumaßnahmen durchgeführt, sondern stets vorher alles ausprobiert. Niemand wisse, ob künftig aufgrund steigender Schülerzahlen im Grundschulbereich zweizügig gefahren werden muss. Wenn dies so sei, könnte durchaus irgendwann wieder einmal zusätzlicher Raumbedarf bestehen, der dann jedoch durch einen weiteren Anbau an den nun geplanten Bau der drei Klassenzimmer, problemlos geschaffen werden könne. Aktuell sei dies jedoch kein Thema. Er bat darum, Vertrauen in die Gemeinschaftsschule zu haben. Was man an der Schule benötige, seien keine „Hirngespinnste“. Niedereschach könne im Grunde genommen stolz auf seine Schule sein. An den Beispielen der Gemeinden Brigachtal, Dauchingen oder Tuningen, die keine Sekundärschule mehr haben, zeige sich, dass der in Niedereschach eingeschlagene Weg richtig war. Er verstehe die Bedenken und Anregungen aus den Reihen der Gemeinderäte, er wisse auch, dass die Renovierung der Schule für die Gemeinde eine Riesenherausforderung darstelle. Walter Pankoke lobte die Schulleitung und das ganze Lehrerkollegium für die an der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar geleistete fantastische Arbeit. Edgar Lamparter weist darauf hin, dass bei einem Neubau ohnehin noch zusätzliche Kosten wie die Erschließung, der Erwerb des Grundstückes oder die Anlage von entsprechenden Parkplätzen hinzukämen. Jörg Freund hatte noch einige Detailfragen zur Reihenfolge der geplanten Renovierungsmaßnahmen. Rüdiger Krachenfels plädierte noch einmal dafür, so schnell wie möglich zu beginnen und nicht mehr weiter zu „Lavierem“. Der Start der Renovierung sei dann ein klares Bekenntnis zum Schulstandort Niedereschach. Manuela Fauler betont, dass im Gemeinderat jedem klar sei, dass man etwas machen müsse. Niemand, auch nicht bei der CDU Fraktion, vertrete die Meinung, nichts zu machen. Man wolle lediglich noch weitere Informationen, deshalb könne sie den Antrag ihres Ratskollegen Holger Tranzer nur unterstützen. Wenn das Geld eingestellt werde, habe man genügend Zeit, sich noch einmal Gedanken zu machen. Vor allem gehe es um die Reihenfolge der Bauabschnitte. Ihr leuchte nicht ein, weshalb zuerst mit den Lehrerzimmern begonnen werden müsse. Sie fragte bei Rektor Peter Singer und Konrektor Rainer Morschl nach, weshalb man nicht zuerst die Klassenzimmer, im Bereich zur Friedhofstraße hin, saniere. Zudem befürchtet Frau Fauler, dass, wie dies bei Kostenvoranschlägen üblich sei, die nun errechneten 11,9 Mio. € am Ende doch nicht ausreichen werden. Hierzu erklärt Architekt Thomas Scherlitz, dass er überzeugt davon ist, dass diese Summe passt. Dann, so der Vorschlag von Frau Fauler, könne man die Renovierungssumme auch auf 11,9 Mio. € „decken“. Ilse Mehlhorn weist darauf hin, dass es aktuell Beschlüsse des Bundes gebe, künftig auch

Sitzung am: 24.10.2016

Schulhaussanierungen zu bezuschussen. Sie fragt nach, ob evtl. die Gemeinde Niedereschach, trotz der bisherigen Aussage, wonach nur der Neubauteil bezuschusst wird, für die Sanierung jedoch keinerlei Zuschüsse zu erhalten sind, evtl. hier doch noch zum Zuge kommen könnte. Dies, so Herr Haberstroh, lasse sich aktuell noch nicht sagen. Ihm liegen, was die von Frau Mehlhorn erwähnten Beschlüsse angeht, bislang noch keinerlei Informationen oder „belastbare“ Förderrichtlinien vor. Michael Asal weist darauf hin, dass man in Sachen Schulsanierung nun in der Tat Zeit genug gehabt habe, sich ausreichend und umfassend zu informieren. Er ist überzeugt, dass man in drei Wochen oder in drei Monaten, auch nicht weiter sei als heute, deshalb unterstütze er den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Peter Engesser leuchtet die Argumentation der Verwaltung, wonach man nun zunächst einmal in den geplanten ersten Abschnitt 1,433 Mio. € investieren sollte, ein, weil man dann bessere Chancen habe, beim Anbau höhere Zuschüsse zu bekommen. Allerdings befürchtet auch er eine erhebliche Staub- und Lärmbelästigung für die Schüler. Er ist überzeugt davon, dass dies auch zu Protesten der Eltern führen wird. Noch einmal erklärt Herr Jerger hierzu, dass man bei der Sanierung nichts anderes mache, als das, was man an der Schule in Niedereschach schon mehrfach erfolgreich, zuletzt beim Bau der Mensa, gemacht habe. Auch da habe sich niemand bei ihm beschwert. Rüdiger Krachenfels zeigt sich sogar davon überzeugt, dass die Eltern eher begeistert sein werden, wenn sie sehen, dass in der Schule endlich gehandelt und nicht nur geredet wird. Rainer Morschl weist darauf hin, dass man die gleiche Diskussion auch am Standort in Deißlingen habe. Auch dort wird man mit Staub- und Lärmbelästigungen im Zuge der Bauphase rechnen müssen. Auch dort sei ein Schulneubau neben der bisherigen Schule geplant. Auch dort habe man seitens der Bevölkerung großen Zuspruch erfahren, auch dort werde dies von den meisten Bürgerinnen und Bürger als Zeichen der Gemeinde für den eigenen Schulstandort gesehen. Holger Tranzer wies darauf hin, dass auch die CDU ein Zeichen setzen wolle, aber man wolle einfach noch etwas Zeit, um wirklich alles richtig zu machen. Aus seiner Sicht sei längst noch nicht alles bekannt. Bei der Klausurtagung seien ihm beispielsweise die möglichen Vorteile eines Neubaus zu kurz gekommen. Es sei aber nicht so, dass sich die CDU gegen eine Sanierung stelle. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass, je früher der Beschluss gefasst werde, organisatorisch alles sehr viel besser laufe und die Architekten auch entsprechend Zeit hätten. Deshalb sei es wichtig, dass diese sehr schnell mit den Planungen beginnen können. Auch der Wunsch des Vorsitzenden lautet: Gas geben. Herr Jerger weist darauf hin, dass drei Wochen mehr Zeit, für einen Ausführungszeitraum von 15 Monaten, sehr viel sei. Er ist davon überzeugt, dass man in der heutigen Sitzung eine Entscheidung brauche, um alles organisatorisch und planerisch bewältigen zu können. Sonst befürchtet er, dass die Zeit davonlaufe. Auf Nachfrage von Manuela Fauler, ob der bisherige Kostenvoranschlag von 11,9 Mio. € noch Gültigkeit habe, erklärt Architekt Thomas Scherlitz, dass dieser Voranschlag finanziell noch „passe“. Seitens der Verwaltung wird der genaue Finanzierungsplan noch einmal „aufgelegt“, damit er für jeden ersichtlich ist. Walter Pankoke weist darauf hin, dass er, als Ergebnis eines jüngst in Stuttgart geführten Gesprächs mit einem Minister, zur Auffassung gekommen ist, dass man für die Sanierung von Schulräumen in Bälde Zuschüsse erhalten könne. Er habe bei seinem Gespräch mit dem Minister erreicht, dass dieser die Sanierungsmaßnahme aus Niedereschach einmal in seinem Arbeitskreis besprechen werde, wenn er zuvor aus Niedereschach entsprechende Unterlagen erhalte. Diese werde Herr Ragg dem Minister zur Verfügung stellen. Rüdiger Krachenfels weist darauf hin, dass man mit Blick auf die 11,9 Mio. € Gesamtkosten, nicht den Teufel an die Wand malen sollte. Keiner wisse, was in 10 Jahren ist. Wenn man nun abschnittsweise erschließe, könne man Jahr für Jahr darüber diskutieren und entscheiden und letztlich, wenn die Gemeinde aus welchen Gründen auch immer, finanziell überfordert sei, „Stopp“ sagen. Auch Herr Jerger vertritt die Meinung, dass dann, wenn die Kostenplanung oder auch der Haushaltsplan „zusammenbreche“, man dann mit den noch geplanten Abschnitten eben warten müsse. Auf Nachfrage von Edgar Lamparter, ob

Sitzung am: 24.10.2016

durch Einsparungen im Bereich der energetischen Maßnahmen Geld gespart werden könnte, erklärt Herr Scherlitz, dass man sich an die Vorgaben der Energiesparverordnung halten müsse. Die energetischen Maßnahmen betragen insgesamt 1,16 Mio. € brutto. Der bislang fehlende Mindestwärmeschutz müsse bei der Durchführung der Maßnahme jedoch in jedem Fall erreicht werden. Abschließend dankte der Vorsitzende allen für die offene Diskussion, die zeige, wie sehr das Thema Schule die Ratsmitglieder und auch die Bürgerinnen und Bürger bewege. Die Schule sei nicht irgendein Gebäude. Zu Recht habe Herr Tranzer bei seinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass auch in den 60er Jahren, beim Neubau der Niedereschacher Schule, sich die damaligen Räte, angesichts der hohen Kosten, sehr schwergetan haben und deshalb viele schlaflose Nächte verbracht haben. Wenn die Ratsmitglieder dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen, wäre dies auch ein Signal an die Partner im Bereich der Gemeinschaftsschule, namentlich erwähnte Herr Ragg die Gemeinden Deißlingen und Dauchingen, die Kinder, die Eltern und die Lehrer. Dies wäre dann als unheimlich starkes Signal für den Schulstandort Niedereschach zu werten. So wie man das Projekt nun durchgeplant habe, sei man, so der Vorsitzende, mit Sicherheit auf dem richtigen Weg. Mit dem Vorschlag der Verwaltung sei das Projekt auch finanziell im Griff zu behalten. Sollten irgendwelche „Widrigkeiten“ auftreten, müsse man schlicht und ergreifend die nachfolgenden Bauabschnitte „schieben“. Der Vorsitzende appelliert an die Ratsmitglieder heute Abend eine Entscheidung zu treffen. Da es sich, nach Meinung des Vorsitzenden, bei dem nun zu befassenden Beschluss, bei der Beschlussvorlage des Gemeinderates, um den weitergehenden Antrag handle, müsse man zunächst über den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussantrag entscheiden. Nach kurzer Diskussion zeigt sich auch Holger Tranzer damit einverstanden. Jörg Freund bittet um Auskunft darüber, mit wieviel Zuschüssen für den geplanten Neubau der drei Klassenzimmer zu rechnen ist. Dies, so Herr Haberstroh, lasse sich nur schwer sagen. Er rechne für den neuen Anbau mit rund 300.000 € bis 500.000 € Zuschüssen. Inwieweit es mit Blick auf die energetische Gesamtanierung, die 3,1 Mio. € verschlingt, evtl. Fördermittel der KfW-Bank gebe, konnte Herr Thomas Scherlitz abschließend nicht sagen. Dies hänge auch mit der Haushaltslage der Gemeinde zusammen, betonte Herr Haberstroh. Evtl. so Herr Scherlitz, könne man über eine erhöhte Wärmedämmung noch mehr Zuschüsse „eruiieren“. Dies werde sich jedoch erst im Laufe der nun kommenden Planungen und Sanierungsmaßnahmen herausstellen.

Beschluss

Bei sieben Gegenstimmen durch Manuela Fauler, Armin Müller, Holger Tranzer, Thilo Briechle, Jörg Freund, Siegfried Reich und Rosemarie Fellhauer und neun Jastimmen der übrigen Ratsmitglieder, beschließt der Gemeinderat mehrheitlich, der Sanierung der Gemeinschaftsschule Eschach-Neckar am bisherigen Schulstandort, auf Grundlage der in der Sitzungsvorlage aufgeführten Erläuterungen und Feststellungen zuzustimmen. Der erforderliche Etat zur Umsetzung des ersten Abschnittes in Höhe von 1,433 Mio. € (Bauabschnitt 5 zuzgl. Teile Bauabschnitt 1) wird im Haushaltsplan 2017 finanziert und bereitgestellt.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 8:**Einbringung und Beratung Haushaltsplan 2017****Sachverhalt:**

Die Eckdaten für den Planentwurf 2017 lauten:

Kommunaler Haushalt	2017	2016
Volumen Verwaltungshaushalt	15,290 Mio. €	15,569 Mio. €
Volumen Vermögenshaushalt	3,524 Mio. €	5,572 Mio. €
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4,953 Mio. €	4,591 Mio. €
Personalkosten	2,275 Mio. €	2,287 Mio. €
Zuweisungen und Zuschüsse	1,673 Mio. €	1,631 Mio. €
Finanzausgleichsumlage	1,795 Mio. €	1,627 Mio. €
Kreisumlage	2,353 Mio. €	2,124 Mio. €
Gewerbesteuerumlage	1,000 Mio. €	1,136 Mio. €
Gewerbesteuereinnahmen	5,000 Mio. €	5,600 Mio. €
Grundsteuer B	0,749 Mio. €	0,740 Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3,484 Mio. €	3,310 Mio. €
Schlüsselzuweisungen	0,495 Mio. €	0,548 Mio. €
Zuführung an den Vermögenshaushalt	1,198 Mio. €	2,133 Mio. €
Baumaßnahmen	2,655 Mio. €	4,568 Mio. €
Rücklagenentnahme	0,150 Mio. €	1,504 Mio. €
Zuschüsse vom Land für Investitionen	0,500 Mio. €	0,556 Mio. €
Kreditaufnahme	1,147 Mio. €	--
Eigenbetrieb Wasserversorgung		
Volumen Erfolgsplan	0,655 Mio. €	0,597 Mio. €
Volumen Vermögensplan	0,290 Mio. €	0,304 Mio. €
Kreditaufnahme	0,068 Mio. €	0,037 Mio. €

Die vollständigen Planentwürfe (Verwaltungshaushalt, Vermögenshaushalt, Erfolgsplan und Vermögensplan) sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Ergänzend dazu ist auch der Planentwurf für die mittelfristige Finanzplanung 2018 – 2020 beigefügt.

Die Verwaltung wird Ihnen in der heutigen Sitzung die Planentwürfe erläutern.

Es wird auf die Sitzungsvorlage und die dieser beigefügten Planentwürfe des Verwaltungshaushaltes 2017 und des Vermögenshaushaltes 2017 mit Stand 10.10.2016 verwiesen. Der Vorsitzende erläutert noch einmal die Gründe dafür, weshalb man in diesem Jahr zur Einbringung und Beratung des Haushaltsplanes auch die Ortschaftsräte mit eingeladen habe. Zum einen trage diese gemeinsame Sitzung sicher dazu bei, auch die Problematik der Investitionen in den jeweils anderen Ortsteilen besser einschätzen zu können, auch sei somit möglich, durch keine weitere Runde mit Ortschaftsrats-Sitzungen, den Haushaltsplan, so wie

Sitzung am: 24.10.2016

es das Gesetz vorschreibt, noch im alten, also im laufenden Jahr 2016, verabschieden zu können. Dann hätte man in Niedereschach erstmals einen gesetzeskonform verabschiedeten Haushaltsplan. Der Vorsitzende übergibt Rechnungsamtsleiter Alfred Haberstroh das Wort. Herr Haberstroh erläutert aus seiner Sicht die wichtigsten Eckdaten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes (siehe Anlage). Nach den Ausführungen von Herrn Haberstroh erfolgt im Gemeinderat eine Diskussionsrunde. Auf Vorschlag von Herrn Haberstroh soll wie bisher zunächst allgemein über den Vermögenshaushalt beraten werden, danach werde man Seite für Seite den Verwaltungshaushalt durchblättern. Manuela Fauler fragt bezüglich der Sanierung der Grundschule in Fischbach nach, wie dringlich die hierzu im Etat aufgeführten Maßnahmen, angefangen von der Beleuchtung bis hin zur Versiegelung des Bodens, notwendig sind. Hierzu erklärt Ortsbaumeister Leopold Jerger, dass er diesbezüglich mit Fachleuten vor Ort war. Was die Beleuchtung angeht, sei es nicht mit dem Austauschen von Röhren getan, sondern man müsse, nachdem dort seit dem Bau der Schule im Grunde genommen dieselbe Elektrik vorhanden ist, diese schlicht und ergreifend auf den neuesten Stand bringen und wieder „sicher“ machen. In diesem Bereich gebe es längst erhöhte Sicherheitsanforderungen. Auch alle anderen Maßnahmen werden von Herrn Jerger erläutert. Auf Nachfrage von Manuela Fauler, was „Lernbüros“ sind, erklären der Vorsitzende, Herr Jerger und Ratsmitglied Werner Reich, dass es sich hierbei um Regalsysteme handle, die für den speziellen Unterricht an einer Gemeinschaftsschule benötigt werden. Im Grunde handle es sich dabei um Schulmobiliar. Auf Nachfrage von Frau Fauler, weshalb im Bereich der Umkleideräume im Hallenbad der Schule ein neuer Fliesenboden verlegt werden soll, erklärt Herr Jerger, dass der bisherige Boden eine große Rutschgefahr in sich berge. Vor einigen Jahren habe man diesbezüglich einen Aufstrich vorgenommen, der nun jedoch auch wieder abgenutzt sei. Zudem sei der Boden kaum noch zu reinigen, was wiederum hygienische Probleme nach sich ziehe. Man werde die Maßnahme nun durchführen. Bei den späteren Sanierungsmaßnahmen, werde man den nun neu zu fliesenden Boden auf jeden Fall, so wie er gefliest wurde, behalten und nutzen können, so dass kein finanzieller Nachteil entstehe. Gemeinderat und Ortsvorsteher Peter Engesser weist darauf hin, dass Rektor Peter Singer auch in der jüngsten Sitzung des Ortschaftsrates Fischbach zugegen war. Dort habe Herr Singer klar erklärt, dass man bei aller Freude über die nun zu erwartende Sanierung des Schulgebäudes in Niedereschach, auch die Außenstelle in Fischbach nicht vergessen dürfe. Dort sei schlicht und ergreifend, alles „uralte“. Wer sich einmal ein Bild davon verschaffen möchte, könne gerne dort vorbeischaun. Des Weiteren freut sich Herr Engesser, dass für das Fischbacher Gewerbegebiet der Glasfaserausbau im kommenden Jahr erfolgen wird und die Gemeinde hierfür 360.000 € im Etat 2017 einstellen werde. Als Dauerbrenner bezeichnet er den längst maroden Bühnenvorhang in der Bodenackerhalle, der nun 2017 ebenfalls beschafft werden soll. Auch der Treppen- und Dachabgang von der Schule zur Bodenackerhalle, sei ein lang gehegter Wunsch und werde schon seit vielen Jahren immer wieder verschoben. Unumgänglich seien die neuen Parkplätze für die Bodenackerhalle. Herr Engesser bittet die Ratsmitglieder darum, die in Fischbach zu tätigen Investitionen mitzutragen. Eine ganze Fülle von Fragen zu verschiedenen Zahlen und Ausführungen im Vermögenshaushalt, hatte Gemeinderätin Ilse Mehlhorn. Zum einen erkundigte sie sich nach Hintergründen für die geplante Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik, die laut Herrn Haberstroh zum 01.01.2019 in Niedereschach eingeführt werden soll, wobei es bezüglich der Einhaltung diesen Datums noch einige Fragezeichen gebe. Auch was das von Frau Mehlhorn angesprochene Sitzungsmanagement für die Gemeinderäte anbetrifft, sei dieses Geld nicht gestrichen, sondern noch im Haushalt vorhanden. Die 16.000 € neu eingestellten Mittel für den Katastrophenschutz, seien auf Wunsch der Feuerwehr eingestellt worden, so Herr Haberstroh. Ortsbaumeister Jerger erklärt in diesem Zusammenhang, dass man beim letztjährigen Hochwasser bei dem alle vier Ortsteile betroffen waren, bemerkt habe, dass man bei solchen, gleichzeitig stattfindenden Einsätzen, sowohl was den Bauhof, als auch was die

Sitzung am: 24.10.2016

Feuerwehr anbelange, im Grunde genommen, wenn es darum gehe Keller leer zu pumpen, handlungsunfähig sei, da einfach Gerätschaften fehlen. Mit den nun veranschlagten 16.000 €, will man sich im Bereich des Hochwasserschutzes entsprechend mit Pumpen verstärken, wobei ein Teil der Pumpen der Feuerwehr zur Verfügung gestellt wird und ein anderer Teil dem Bauhof. Witterungsbedingt sei in Zukunft ohnehin immer mehr mit Hochwassereinsätzen zu rechnen. Was die Erweiterung des Gemeinschaftshauses für das betreute Wohnen (Hildegard-Strom-Stüble) angeht, erklärt Frau Mehlhorn, dass, nachdem dort noch nicht mit dem Erweiterungsbau begonnen wurde, man diese Maßnahme evtl. ins Jahr 2018 „verschieben“ könnte oder wenigstens für 2017 mit einem Sperrvermerk versehen könnte. Sowohl der Vorsitzende als auch Herr Jerger erklären hierzu, dass man aus haushaltstechnischen Gründen, auch mit Blick auf Zuschüsse für andere Projekte, diese Maßnahme unbedingt im Haushaltsplan 2017 belassen sollte. Auch ein Sperrvermerk sei nicht notwendig, da man über die Maßnahme, sollte sie tatsächlich 2017 umgesetzt werden, noch einmal im Gemeinderat sprechen werde. Auch Frau Fellhauer plädierte dafür, die Maßnahme im Haushaltsplan zu belassen. Sie könnte sich eher vorstellen, dass man die 50.000 € für die Sanierung der Außenfassade des Rathauses, noch einmal verschiebt. Auch hier plädierte Herr Haberstroh dafür, aus „zuschnusstechnischen Gründen“ diese Maßnahme im Haushalt zu belassen.

Beschluss

Bei zwei Jastimmen durch Ilse Mehlhorn und Walter Pankoke lehnt der Gemeinderat die Verschiebung des Baus für die Erweiterung des Gemeinschaftsraumes im Betreuten Wohnen mehrheitlich ab, ebenso die Anbringung eines Sperrvermerks. Werner Reich und Rüdiger Krachenfels enthalten sich bei dieser Abstimmung der Stimme.

An diesem Punkt kritisiert Manuela Fauler den Verlauf der Diskussion. Sie bemängelt, dass man nicht Seite für Seite des Vermögenshaushalts durchblättere und jeder seine Fragen stellen könne. Im Moment sei dies im Grunde genommen eine „Einmannshow“ von Frau Mehlhorn. Wenn hier nicht anders beraten und diskutiert werde, könne sie ja einpacken und gehen, so Frau Fauler. Hierzu erklärt Herr Haberstroh, dass man bei den bisherigen Beratungen stets, was den Vermögenshaushalt angeht, offen diskutiert habe, beim Verwaltungshaushalt habe man dann Seite für Seite durchgeblättert. Nachdem sich Ilse Mehlhorn noch, bezüglich verschiedener Details die Zuwendungen für den Bau des Jugendtreffs in Kappel und Schabenhausen betreffend, informiert hat, verlässt Frau Fauler um 21.45 Uhr den Sitzungssaal.

Des Weiteren erkundigt sich Frau Mehlhorn, wie es bezüglich des Kostenersatzes für naturschutzrechtliche Maßnahmen aussieht und wer dies letztlich bezahle. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass bei Neubaugebieten und Gewerbegebieten letztlich die Erwerber der Grundstücke diese Ausgleichsmaßnahmen finanzieren müssen. Vor diesem Hintergrund erklärte Edgar Lamparter, dass man dann seitens der Gemeinde dann aber nicht ständig über solche durchzuführenden Ausgleichsmaßnahmen schimpfen sollte. Es sei doch wohl so, dass man das Ökopunktekonto über die Baupreise finanziere. Ganz so, so der Vorsitzende und Herr Haberstroh, sei dies nicht. Bei gemeindeeigenen Vorhaben wie beispielsweise dem Bau der Südumfahrung, bleibe die Gemeinde auf diesen teils doch immensen Kosten sitzen.

Auskunft darüber, wie der Stand der Dinge bezüglich der im Gemeinderat einst vorgestellten und diskutierten Ortseingangstafeln (Pylone) sei, erklärt der Vorsitzende, dass diese Maßnahme bekanntlich auf ehrenamtlicher Basis laufe. Die federführende Frau Tajana Werner sei derzeit voll eingebunden in den Bau ihres Objekts am Ortseingang von Kappel und sei

Sitzung am: 24.10.2016

zeitlich derart eingebunden, dass sie die Maßnahme noch nicht abschließen und durchführen konnte. Es brauche noch etwas Zeit, bis dieses ehrenamtliche Projekt umgesetzt ist. Nähere Auskünfte möchte Frau Mehlhorn auch darüber, wie es mit Blick auf die Sanierung von Gemeindestrassen im Jahr 2016 und 2017 aussieht. Hierzu erklärt Herr Haberstroh, dass aus dem Jahr 2016 viele Maßnahmen noch gar nicht abgeschlossen sind, so dass man diese 2017 erst einmal abschließen möchte, bevor man in diesem Bereich weitere große Planungen vornimmt. Deshalb sei hierfür im Etat 2017 auch ein wesentlich geringerer Betrag ausgewiesen als 2016. Mit Blick auf die Innensanierung des Bauhofes in Höhe von 25.000 €, erklärt Herr Jerger auf Nachfrage, dass in den früher ihm zustehenden Büroräumen, nun das längst vorhandene Defizit bei den Sozialräumen im Bauhof, sowie den dortigen sanitären Einrichtungen erledigt werden soll. Die Fachkraft für Arbeitsschutz habe den bisherigen Zustand schon mehrfach bemängelt. Durch den Umzug des Ortsbauamtes in das Niedereschacher Rathaus, bestehe nun die Möglichkeit, diesen Mangel zu beseitigen.

Jörg Freund erkundigt sich danach, wie die Summe von 500.000 € aus dem Ausgleichsstock in Kappel in den Haushaltsplan gelange. Hierzu erklärt Herr Haberstroh, dass man, sollte man wie erwartet in das Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (EIR) aufgenommen werden, für die Sanierung der Halle durchaus mit einem satten Zuschuss rechnen, ob es letztlich 500.000 € sein werden, könne man nicht sagen. Diskutiert wurde auch über die 60.000 € Kosten für die Einrichtung eines Jugendraumes in Schabenhausen. Hierzu erklärt Ortsvorsteher und Ortschaftsrat Alfred Irion, dass er mit Ortsbaumeister Jerger, dem Architekten und den Jugendlichen bereits vor Ort war. Die Jugendlichen seien bereit erhebliche Eigenleistungen zu erbringen. Da jedoch auch etliche Rückbauarbeiten notwendig seien, werde letztlich die Gemeinde noch eine Summe von rund 60.000 € aufbringen müssen.

Die Anregung von Frau Fellhauer, die Außenfassade des Rathauses nicht zu streichen, löst im Gemeinderat noch einmal eine entsprechende Diskussion aus. Ortsbaumeister Leopold Jerger erklärt auf Nachfrage, dass es sich bei dieser Maßnahme einzig und allein um eine Frage der Optik und nicht der Wärmedämmung handle. Es sei so, dass die Beleuchtung des Rathauses und auch die gelbe Farbe der Wände „Ungeziefer“ anlocke. Rüdiger Krachenfels weist darauf hin, dass genau in den Bereichen in denen das Rathaus angeleuchtet wird, am meisten „Ungeziefer“ angelockt werde. Ilse Mehlhorn hinterfragt, ob es nicht möglich wäre, statt neu zu streichen, die Fassade einfach zu reinigen.

Gemeinderat Martin Emminger weist darauf hin, dass der Jugendclubraum in Niedereschach, zumindest was den Boden anbelangt, dringend repariert werden müsse. Er vermisst diesbezüglich Mittel im Haushaltsplan 2017. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass man derzeit im Haushaltsplan 2017 noch nichts eingestellt habe, weil noch gar nicht bekannt sei, was dort genau gemacht werden soll. Es sei auch so, dass die Jugendlichen des Jugendclubs Niedereschach dort aktuell noch einige spannende Ideen haben, die es noch abzuklären gelte.

Der Vorsitzende verteilt den Sachbericht der Verrechnungsstelle für katholische Kirchengemeinden in Niedereschach, in dem aufgeführt ist, dass am Kindergarten in Niedereschach Investitionen in Höhe von rund 46.000 € unumgänglich seien (siehe Anlage). Es habe leider etwas lange gedauert, bis der Gemeinde dieser Sachbericht vorgelegt wurde, so dass er im aktuellen Haushaltsplanentwurf noch nicht berücksichtigt werden konnte. Nachdem nun im Sachbericht deutlich werde, was dort alles gemacht werden müsse, schlägt der Vorsitzende vor, den Anteil der Gemeinde in Höhe von 33.000 € nun in den Vermögenshaushalt „einzupflegen“, damit die notwendigen Maßnahmen 2017 auch umgesetzt werden können. Vor einer möglichen Umsetzung, werde Diakon Stefan Fornal, der bei der Kirchengemeinde auch

Sitzung am: 24.10.2016

für bautechnische Dinge zuständig ist, in einer Sitzung des Gemeinderates, Details erläutern. Nach der Beratung des Vermögenshaushaltes, wenden sich die Ratsmitglieder dem Verwaltungshaushalt zu. Seite um Seite wird durchgeblättert, wobei Herr Haberstroh und Herr Ragg sowie Herr Jerger die jeweiligen Fragen zu den einzelnen Punkten erläutern. Ilse Mehlhorn bittet um Auskunft darüber, was es mit den Personalausgaben im Bereich der Feuerwehr zu auf sich hat. Hierzu erklärt Herr Haberstroh, dass es diesbezüglich eine Satzung gebe. So erhalten Feuerwehrleute für einen Einsatz, sofern sie dies beantragen, ihren Lohnausfall ersetzt, ebenso fallen Kosten für die Atemschutzträger, die Gerätewarte und die Durchführung von Lehrgängen an. Die Feuerwehrsatzung, so Herr Haberstroh, sei seit vielen Jahren nicht mehr verändert worden und werde demnächst im Gemeinderat neu beraten und auch neu beschlossen werden. Holger Tranzer bittet um Auskunft darüber, weshalb es im Bereich des aufgelösten Grundbuchamtes nach wie vor Personalkosten gebe. Hierzu erläutert Herr Haberstroh, dass diese Personalkosten die Versorgungsempfänger betreffen. Thilo Briechle hinterfragte, weshalb der Ansatz für Brennstoffe bei den gemeindlichen Gebäuden sich gegenüber 2016 teilweise verdoppelt hat. Dies, so Herr Haberstroh, hänge mit diversen Gutschriften zusammen. Derzeit, so Herr Haberstroh, verhandle man mit der Bürgerenergie Niedereschach ohnehin über einen neuen Vertrag. Dann werden sich diese Zahlen noch einmal ändern. Wegen Detailfragen zu verschiedenen Gebäuden, die von diesen Steigerungen im Brennstoffbereich betroffen sind, wird Herr Haberstroh noch seinen Mitarbeiter Markus Schunk befragen, der als zuständiger Sachbearbeiter die Details kennt. Er werde dann hierüber informieren. Edgar Lamparter hinterfragt, weshalb umgerechnet auf die jeweils vorhandenen Kinderzahlen pro Kind die Kosten am Kindergarten in Fischbach günstiger sind als im Naturkindergarten. Hierzu, erklärt Hauptamtsleiter Lauer, dass dies mit dem Stellenschlüssel zusammenhänge. In Fischbach sei ein zweigruppiger Kindergarten, im Naturkindergarten ein eingruppiger Kindergarten vorhanden. Deshalb sei der Stellenschlüssel dort anders. Armin Müller bat um einige Detailauskünfte bezüglich der Verrechnungssätze des Bauhofes, Edgar Lamparter hinterfragte verschiedene Details zur Straßenunterhaltung und zur Feldwegesanierung. Ihm erscheint zudem der Ansatz von 120.000 € für den Winterdienst als zu niedrig. Er höre schon jetzt wieder die Diskussion, weshalb die Kosten in Höhe von 120.000 € nicht eingehalten werden konnten. Vor dem Hintergrund, dass im vergangenen Jahr 172.000 € angefallen sind, hätte er sich hier einen höheren Ansatz gewünscht. Holger Tranzer bittet um Auskunft darüber, weshalb angesichts der neu eingestellten zwei Mitarbeiterinnen im Bereich des Bauhofes nicht mehr Kosten bei den Personalkosten veranschlagt worden sind. Hierzu erklärt Herr Haberstroh, dass die beiden Mitarbeiterinnen, Frau Hirt und Frau Schwer, nicht im Bauhof verbucht werden, sondern bei der Bauverwaltung. Jörg Freund bat um Aufklärung darüber, was es mit der Konzessionsabgabe auf sich habe, Ilse Mehlhorn bat um Auskunft darüber, was am Dach der Eschachhalle repariert werden müsse. Dort, so Herr Jerger, seien die „Dachkehlen“ völlig durchgerostet. Nach erfolgter Diskussion bedankt sich Walter Pankoke bei Kämmerer Alfred Haberstroh und zeigte sich begeistert davon, wie dieser die Zahlen plausibel und verständlich aufgearbeitet habe. Der Vorsitzende dankt für die erfolgte rege Diskussion.

Sitzung am: 24.10.2016

TOP 9

Wünsche und Anträge

1. Michael Asal bittet um Auskunft darüber, weshalb die Straßenbeleuchtung derzeit in Niedereschach die ganze Nacht durchbrenne. Hierzu erklärt Ortsbaumeister Jerger, dass es sich mit Blick auf die installierte LED-Beleuchtung dabei um einen Probelauf handle. Die „intelligenten“ Lampen, dimmen sich je nach Uhrzeit und Dunkelheit entsprechend herunter. Durchbrennen zu lassen sei in diesem Falle in der Tat wahrscheinlich günstiger als abzuschalten. Dies werde derzeit in einem Test geprüft. Auf Anregung von Siegfried Reich erklärt sich Herr Jerger bereit, über diese Maßnahme einmal im Detail im Gemeindeblatt zu informieren.

TOP 10

Verschiedenes und Bekanntgaben

1. Der Vorsitzende weist auf die geplante Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger am Montag, den 21.11.2016 um 19.00 Uhr im Otto Sieber Saal in Niedereschach hin. Dort soll zusammen mit den Fachleuten des Büros Arbol den Bürgerinnen und Bürgern erstmals das im Gemeinderat bereits vorberatene Friedhofskonzept vorgestellt werden. Dieses Thema, so der Vorsitzende, sei für viele Niedereschacher Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Gemeinderätin Ilse Mehlhorn bittet in diesem Zusammenhang darum, sich bei der Bestuhlung einmal Gedanken zu machen, ob die Stühle für die Gemeinderäte nicht so gestellt werden könnten, damit sie die Blicke der Bürgerinnen und Bürger besser beobachten können. Für sie wäre es mit Blick auf die Friedhofskonzeption wichtig, wenn sie die Blickrichtung in Richtung Zuhörer hätte. Der Vorsitzende sagt zu, sich bezüglich dieses interessanten Vorschlages Gedanken zu machen.

2. Herr Haberstroh informiert mit Blick auf die Bezuschussung der Jugendarbeit in den Musikvereinen darüber, dass die Gemeinde 2016 dem Musikverein Niedereschach für 49 Auszubildende 1.832 €, der Musik- und Trachtenkapelle Kappel für 34 Auszubildende 1.244 €, der Musik- und Trachtenkapelle Schabenhausen für 13 Auszubildende 459 € und für den Musikverein Fischbach für 20 Auszubildende 618 € überwiesen habe.

3. Herr Haberstroh weist darauf hin, dass die Kommunalaufsicht am 18.10.2016 der Gemeinde die Gesetzmäßigkeit der Nachtragssatzung für das Jahr 2016 bestätigt hat.

Der Gemeinderat

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

.....

.....

.....

.....